



„Melde mich ab ...“

aus dem Bundestag und seinem Verteidigungsausschuss.

Winfried Nachtwei MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses und Obmann für Sicherheit- und Abrüstungspolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bis zur 16. Legislaturperiode

15 Jahre lang habe ich im Bundestag, unter den Bürgern und in der Öffentlichkeit für vorbeugende und kollektive Sicherheits- und Friedenspolitik gearbeitet und gestritten. Angetrieben haben mich die „Kriegserfahrungen“ eines Nachkriegsgeborenen: meine Forschungen zu Kolonialkriegen und zum Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, Erfahrungen mit Minen- und Kleinkriegsopfern in Somalia, meine enge Zusammenarbeit mit Holocaust-Überlebenden im Baltikum.

Ab 1994 erlebte ich bundesdeutsche und grüne Sicherheits- und Friedenspolitik in einer Umbruchphase sondergleichen und gestaltete sie etwas mit. Abrüstung und Rüstungskontrolle, Krisenbewältigung und Friedenssicherung sowie zivile Krisenprävention waren meine Dauerthemen.

Als ich neben Angelika Beer Mitglied des Verteidigungsausschusses wurde, überraschte mich, wie selbstverständlich Bundeswehroffiziere den Primat der Politik achteten, wie gelassen und offen sie mit uns grünen Parlamentariern umgingen, für die zu der Zeit out-of-area-Einsätze nichts als Militarisierung von Außenpolitik waren.

Ein Wendepunkt war im Herbst 1996 die Bosnien-Reise von Fraktions- und Parteispitze nach Bosnien-Herzegowina, als wir am Hang von Sarajewo nachträglich realisierten, was Europa drei Jahre vor der eigenen Haustür hatte wüten lassen. Unsere Hinwendung zur - auch militärischen - Friedenssicherung im Auftrag der Vereinten Nationen erlebte noch in der Startphase von Rot-Grün mit dem Kosovo-Luftkrieg eine härteste Belastungsprobe. Wo sich etliche politische Weggefährten enttäuscht von den Grünen abwandten, zogen wir andere Konsequenzen: Wir begleiteten die realen Auslandseinsätze

der Bundeswehr so intensiv wie kaum eine andere Fraktion. Wir erlebten vor Ort, wie professionell, unmilitaristisch, besonnen und erfolgreich Bundeswehrsoldaten zur Eindämmung militärischer Gewalt beitrugen. Wir versuchten vor allem aus den umstrittenen Einsätzen – erst Kosovo, dann Afghanistan, Kongo – zu lernen und Konsequenzen zu ziehen, zuerst: Förderung der zivilen Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung.

Die Entscheidungen für bestimmte Auslandseinsätze fielen ad hoc, ohne Einbindung in einen breiteren und tiefer gehenden sicherheitspolitischen Diskussions- und Verständigungsprozess. Chancen für eine solche breitere Debatte wurden mehrfach vertan: im Jahr 2000 durch Minister Scharping nach Vorlage des Weizsäcker-Berichts, 2003 durch Minister Struck mit dem Erlass der Verteidigungspolitischen Richtlinien, 2006 durch Minister Jung mit der Verkündung des Weißbuches. Verteidigungspolitische Debatten im Bundestag kreisten überwiegend um Haushalts- und Ausstattungsfragen, kaum um strategische Fragen.

Dass „die Politik“ die Menschen nicht mitnahm auf dem neuen Weg kollektiver Krisenbewältigung und Friedenssicherung, zeigt sich heute zugespitzt bei dem Afghanistaneinsatz, der inzwischen nur noch von einer Minderheit unterstützt wird. Das ist für Soldaten, die Staatsbürger in Uniform sein sollen und wollen, ausgesprochen verunsichernd.

Allzu lange ging es nur um die Rechtfertigung der neuen Bundeswehraufgaben, der sicherheits- und bündnispolitischen Notwendigkeit bestimmter Einsätze. Viel zu kurz kam der Wirksamkeitsdiskurs, die Fragen nach politischer Konfliktlösung, nach realistischen und überprüfbaren Zielen, nach ausgewogenen militärisch-polizeilich-zivilen Fähigkeiten und Ressourcen. Das rächt sich beim Afghanistan-Engagement, das mit erheblicher Unterschätzung

der Herausforderung und Halbherzigkeit angegangen und bis heute geführt wird.

Die strategische Schwäche bundesdeutscher Sicherheitspolitik beginnt damit, dass bisher keine unabhängige und systematische Bilanzierung der deutschen Beteiligungen an internationalen Krisenengagements und der Bundeswehrein-sätze dabei zustande kam. Deutlich würde dabei, wie unzureichend deutsche Politik auf komplexe Stabilisierungs- und Statebuilding-Engagements vorbereitet ist, von den konzeptionellen Grundlagen über das Zusammenwirken der Ressorts bis zu den personellen Voraussetzungen.

Eine solche unabhängige Auswertung der Bundeswehrein-sätze allgemein und des Afghanistaneinsatzes konkret, verbunden mit einem Schub für zivile Fähigkeiten und ressortgemeinsame Strukturen, ist das Gebot der Stunde. Die schwarz-gelbe Koalition ist hier in der Pflicht.

Diese Pflicht hat neben der politischen längst auch eine sehr menschliche Dimension. Mir wurde das besonders deutlich bei einem Obleutebesuch in Kunduz im vorigen Herbst. Den jungen Fallschirmjägern, die jeden Tag draußen in Lebensgefahr stehen, reichen unsere sicherheitspolitischen Begründungen für den Afghanistaneinsatz längst nicht mehr. Sie müssen zugleich Aussicht auf Erfolg sehen. Sie müssen sicher sein können, dass die Politik alles dafür tut. Das ist noch viel zu wenig der Fall.

Ich scheidet aus eigenem Entschluss aus dem Bundestag mit Dankbarkeit für das Privileg, in dieser Umbruchzeit im Bundestag arbeiten zu dürfen. Ich gehe in herzlicher Verbundenheit mit wirklich guten Kollegen und den Soldaten der Bundeswehr, die bei aller Einsatzbereitschaft friedensfähig sind. Ich mache weiter, aber anders.